

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 70  
Telefax 032 627 22 75  
kanzlei@sk.so.ch  
www.so.ch

## **Medienmitteilung**

### **Massnahmen gegen die Raserei - Standesinitiative**

**Solothurn, 13. November 2009 – Die Justizkommission stimmt dem Antrag der Regierung auf Einreichung der Standesinitiative “Massnahmen gegen die Raserei” einstimmig zu. Mit der Standesinitiative wird die Bundesversammlung ersucht, die maximale Strafdrohung der fahrlässigen Tötung von heute drei Jahren auf mindestens fünf Jahre Freiheitsstrafe zu erhöhen. Zudem soll im Bundesgesetz über den Strassenverkehr eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, welche die Strassenverkehrsämter berechtigt, der Polizei die Personalien von Personen zu melden, gegen welche ein Sicherungsentzug des Führerausweises verfügt wurde.**

Der Kantonsrat hat am 2. September 2009 die Aufträge der Fraktion FdP und von Roland Heim (CVP, Solothurn) erheblich erklärt. Darin wird der Regierungsrat beauftragt, dem Kantonsrat eine Standesinitiative vorzulegen, die auf Bundesebene die deutliche Heraufsetzung der maximalen Strafdrohung der fahrlässigen Tötung (Auftrag Fraktion FdP) und die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage verlangt, welche es den Strassenverkehrsämtern ermöglicht, der Polizei die Personalien von Personen zu melden, gegen welche ein Sicherungsentzug verfügt wurde (Auftrag Roland Heim, CVP). Die beiden Aufträge wurden als Reaktion auf einige schwere Verkehrsunfälle, bei denen Raser beteiligt waren, eingereicht.

Gemäss der Schweizerischen Bundesverfassung steht jedem Kanton das Recht zu, der Bundesversammlung Initiativen zu unterbreiten. Gegenstand solcher Initiativen können Regelungen sein, die in den Kompetenzbereich der Bundesversammlung fallen. Eine Standesinitiative kann entweder in einem Entwurf zu einem Erlass der Bundesversammlung oder in einem Auftrag zur Ausarbeitung eines Erlassesentwurfes bestehen. Die vorliegende Standesinitiative verlangt den Erlass von gesetzlichen Regelungen. Mit ihr wird dringender Handlungsbedarf im Straf- und im Strassenverkehrsrecht aufgezeigt.